

Zeitschrift: Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse

Herausgeber: Verband Schweizerischer Privatschulen

Band: 62 (1989)

Heft: [5]

Anhang: Bildungspolitische Beilage der Schweizer Erziehungsrundschau 5/1989
= Supplément de la Revue suisse d'éducation 5/1989

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

KV-Ausbildung – Schon wieder revisionsbedürftig?

Mit einer Informationstagung in Zürich, durchgeführt von der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG), in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Kaufmännischen Verband (SKV), wurde die gesamtschweizerische Grundsatzdiskussion über die kaufmännische Berufsbildung der Zukunft eröffnet. Vor vielen Vertretern aus repräsentativen Kreisen der Berufsbildung präsentierte Prof. Dr. Rolf Dubs die im Auftrag der SBG und des SKV durch das Institut für Wirtschaftspädagogik an der Hochschule St. Gallen erarbeitete Studie über mögliche Modelle der kaufmännischen Grundbildung. Dass verschiedene Wege zum Ziel führen, wurde durch realistische Szenarien aufgezeigt.

Die Zweckbeschreibung der Studie beruhigt. Allgemein wird akzeptiert, dass über mögliche neue Formen der Ausbildung für die kaufmännischen Angestellten gesprochen wird. Die Idee ist sogar sehr bestechend, dass die Diskussionsbasis auf pädagogisch sicheren Grund gelegt wird und so eine breite Diskussion beginnen kann. Insofern ist lobenswert, dass die SBG in Zusammenarbeit mit dem SKV diesen Auftrag zur Studienherstellung erteilt hat, wenn auch die ersten Lehrabschlussprüfungen der kaufmännischen Lehrlinge 1990 hätten abgewartet werden müssen, um so noch weitere Praxiserkenntnisse einzubauen. Wenn man die Studie liest, hat es so viele neue Denkanstösse, zum Teil Revolutionäres, dass angenommen werden kann, es werden noch viele Jahre ins Land gehen, bis die neue kaufmännische Berufsausbildung verabschiedet wird. Diese Ansicht kam auch an der Tagung klar zum Ausdruck.

Zweck der Studie

Der Autor der Studie, Prof. Dr. R. Dubs, möchte folgendes erreichen:

- Die Studie will als Diskussionsgrundlage dienen; deshalb beinhaltet sie mögliche Modelle für die Organisation der kaufmännischen Grundbildung.
- Diese Modelle beruhen auf einer theoretischen Grundlage und klar beschriebenen Normen (Grundhaltungen).
- Die Studie will keine fertige Lehrplan-Lösung mit Stundentafeln vorlegen, damit zunächst Anregungen zu einer Grundsatzdiskussion gegeben werden.
- Sie schlägt einen Weg vor, wie eine systematische Reformarbeit angegangen werden sollte.

Prinzipielle Fragen

Ohne sich für ein bestimmtes Modell auszusprechen, wirft die Studie in allen sechs ausformulierten Modellen folgende Fragen auf:

- Soll die kaufmännische Lehre auf vier Jahre, die Bürolehre auf drei Jahre verlängert werden?
- Soll die dreijährige KV-Lehre beibehalten und um zwei schulische Blöcke von je vier Wochen ergänzt werden?
- Soll die Anzahl von Lektionen während der beruflichen Grundausbildung vergrössert werden?
- Soll ein Wirtschafts- oder Weiterbildungsjahr nach der Lehre, resp. eine Kombination von beiden eingeführt werden?

- Soll auf die Berufsmittelschule (BMS) verzichtet werden?
- Soll vermehrt im Bereich des allgemeinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verständnisses ausgebildet werden?
- Soll prinzipiell der Blockunterricht eingeführt werden?
- Sollen sogenannte Lernbüros den kaufmännischen Lehrlingen inskünftig helfen, die immer komplexer und weniger durchschaubar werdenden Arbeitsabläufe in ihren Betrieben zu verstehen?

Die aufgeworfenen Fragen müssen diskutiert werden und bilden zugleich die Basis für eine zukunftsgerichtete kaufmännische Grundbildung. Auf eine wunde Stelle sei hier schon hingewiesen. In der Studie und den behandelten Modellen kommen die Ausbildungsbetriebe kaum zu Wort, und es werden vor allem die schulischen Belange und Wünsche berücksichtigt. Vor allem Klein- und Mittelbetriebe werden bei einigen hier aufgeworfenen Fragen grosse Schwierigkeiten haben, die entsprechenden Schritte mitzuverfolgen. Dies sei hier vorweggenommen: Die sogenannten Lernbüros, die in einer künstlichen Bürowelt die immer komplexer und weniger durchschaubar werdenden Arbeitsabläufe den Lehrlingen mithelfen sollen, das Ganze zu verstehen, sind für Klein- und Mittelbetriebe kaum sinnvoll. In grossen Betrieben – vor allem bei technischen Berufen – wird dies seit Jahrzehnten praktiziert. Die Klein- und Mittelbetriebe sind weder finanziell noch personell noch sonstwie in der Lage, solche Lernbüros zu führen. Gerade in Klein- und Mittelbetrieben, wo ein Lehrling sämtliche Arbeiten machen muss, ist er in die Praxis und Theorie täglich integriert. Bei Grossbetrieben ist die Gefahr vorhanden, dass die Lehrlinge nur noch in einem bestimmten Segment ausgebildet werden. Für solche Betriebe können solche Lernbüros geeignet sein, um den Lehrling alle Abläufe zu lehren.

Sechs Modelle

1. Modell

3jährige kaufmännische Lehre mit 1½

Schultagen pro Woche sowie zwei schulischen Blöcken von je vier Wochen sowie 3jährige Bürolehre mit dem gleichen Aufbau. Dazu kommt eine 2jährige Berufsmittelschule ab dem zweiten Lehrjahr.

2. Modell

Dreiteiliges System mit Bürolehre, kaufmännischer Lehre von je drei Jahren sowie einem Wirtschaftsjahr (4. Jahr) für leistungsfähige und -willige Lehrlinge.

3. Modell

Vierteiliges Modell mit Bürolehre, kaufmännischer Lehre, Berufsmittelschule und Weiterbildungsjahr. Hier würden die Bürolehre und die kaufmännische Lehre nach der Lehrabschlussprüfung um ein Weiterbildungsjahr verlängert.

4. Modell

Dreiteiliges Modell mit Bürolehre, kaufmännischer Lehre und nach Wahl Weiterbildungsjahr für alle oder Wirtschaftsjahr für die Leistungsfähigen und -willigen.

5. Modell

Bei diesem Modell wird der Teilzeitunterricht generell durch den Blockunterricht ersetzt. Davon ausgenommen ist der Sprachunterricht, der aus pädagogischen Gründen zusätzlich im Teilzeitunterricht geführt wird.

6. Modell

Ergänzt, herkömmliches, aber verlängertes Modell. Die Lehrzeit wird bei der kaufmännischen Lehre auf vier Jahre, die Berufsmittelschule auf drei Jahre und die Bürolehre auf drei Jahre erhöht.

Vorgeschlagen wird zudem generell ein triales System mit herkömmlichem Unterricht, Arbeit im Betrieb sowie Blöcken, in denen im Lernbüro (Simulation) vor allem die Berufsfähigkeit gefördert würde. Ein Festhalten am dualen System, das sich in fast allen Bereichen der Lehrlingsausbildung bewährt hat, wäre sinnvoller. Das Prinzip der herkömmlichen Meisterlehre mit dem dualen System muss weiterhin Bestand haben, und auch international ist bewiesen, dass sich dieses System bewährt hat. Was bei allen Modellen besticht, ist die Tatsache, dass die volle Durchlässigkeit von der Bürolehre zur

kaufmännischen Lehre gewährt ist. Dies ist in der heutigen Zeit, wo immer bessere Fachkräfte gebraucht werden, sehr begrüßenswert. Zudem ist schon manchem Lehrling erst in der Lehre «der Knopf aufgegangen», und insofern soll ihm ohne grosse Probleme ein Übertritt in die kaufmännische Lehre möglich sein.

Welches Modell erscheint als zweckmässig?

Alle sechs Modelle haben ihre Vor- und Nachteile. Es gilt noch anzufügen, dass Prof. Dr. Dubs an der Tagung betonte, dass er zu Beginn über 35 Modelle geprüft und aus dieser Anzahl sechs Modelle als mögliche Varianten herausgearbeitet hat.

Je mehr man sich mit der Studie befasst, um so mehr kommt man zur Ansicht, dass die Variante 2 mit dem Wirtschaftsjahr oder Modell 4 mit der Wahl Weiterbildungsjahr für alle oder Wirtschaftsjahr für die Leistungsfähigen und -willigen möglich wäre. Bei beiden Modellen werden die leistungsfähigsten kaufmännischen Angestellten gefördert. Auch würde die Berufsmittelschule (BMS) wegfallen, und so wäre die Stundenbelastung bei den kaufmännischen Lehrlingen geringer. Zudem könnte für das Wirtschaftsjahr ein eigenständiger Lehrplan erstellt werden, der anspruchsvoll sein darf, weil auf dem Wissen der Lehrabschlussprüfung aufgebaut werden kann. Die Lehre der kaufmännischen Angestellten würde wesentlich aufgewertet. Voraussetzung zum Erfolg dieses Modelles 2 ist allerdings, dass die Unternehmungen bereit sind, Lehrverträge für das Wirtschaftsjahr abzuschliessen, denn die Auszubildenden dieser Stufe, die vollwertige Mitarbeiter sind, werden trotz 20wöchiger Abwesenheit höhere Löhne als Lehrlinge des 3. Lehrjahres fordern.

Da das Modell 2 vielleicht zu elitär ist, wäre das Modell 4 mit einer Kombination Weiterbildungsjahr oder Wirtschaftsjahr durchaus eine mögliche Lösung. Das Modell 4 differenziert in den ersten drei Jahren zwischen Bürolehre und kaufmännischer Lehre. Im

vierten Jahr differenziert es nach Wirtschafts- und Weiterbildungsjahr. Dieses Modell trägt zur Förderung aller Auszubildenden bei, indem die Leistungsfähigen und Leistungswilligen im Wirtschaftsjahr den ihnen entsprechenden Unterricht erhalten, während alle übrigen im Weiterbildungsjahr eine den künftigen Anforderungen angemessene Weiterbildung wählen können. Weiterbildung ist wichtig und ist immer wichtiger, somit ist es anerkennenswert, wenn die entsprechenden Weiterbildungsmöglichkeiten nach der Lehre konkret aufgezeigt werden.

Schlussbemerkungen

Die Studie liegt vor und soll zu Diskussionen anregen. Eines ist sicher, sie wird diskutiert werden. Bei vielen Arbeitgebern hört man immer wieder, dass die Banken und Versicherungen die besten Lehrlinge bekämen. Damit die Ausbildungsmöglichkeiten für kaufmännische Lehrlinge auch bei anderen Arbeitgebern als bei den Banken und Versicherungen attraktiv gehalten werden können, muss über eine neuzeitlich gestaltete Lehre das Gespräch stattfinden und Veränderungen ins Auge gefasst werden.

Wenn man schon die Stundenzahl erhöhen müsste, wäre es nun dringendst notwendig, das Fach Turnen und Sport in bezug auf die Anzahl Stunden zu überdenken. Es geht nicht an, dass für Turnen und Sport ebenso viele Stunden aufgewendet werden müssen, wie für die wichtigsten Fächer der kaufmännischen Lehre. Es ist nach wie vor eine traurige Tatsache, dass die Hälfte der kaufmännischen Lehrlinge wegen zu weniger Turnhallen gar nicht turnen können.

Damit der Neugestaltung der Lehre Erfolg beschieden sein wird, ist folgendes wünschenswert:

1. In der ganzen Diskussion kamen bis heute die betroffenen Arbeitgeber, die die Lehrlinge in der Praxis auszubilden haben, kaum zu Wort. Ihnen ist das entsprechende Gewicht und die Mitwirkung zu sichern.

2. Die wichtigsten Arbeitgeberverbände, die von der Arbeitgeberseite her für die kaufmännische Ausbildung verantwortlich sind, müssen zu der Meinungsbildung an vorderster und entscheidender Front mitwirken können, ebenso das Biga als letzte verantwortliche Instanz. Es geht nicht an, dass die wichtigsten Spitzenverbände nur am Rande oder gar nicht mittun. Weder die Schule noch Angestelltenverbände können eine mögliche Revision durchführen.

Wenn diese beiden Punkte in Zukunft zu wenig berücksichtigt würden, wäre der ganzen Übung kaum Erfolg beschieden, und dies wäre für die äusserst wertvolle Arbeit von Prof. Dr. R. Dubs sehr schade.

A. Gmür (SGZ 10/89)

L'éducation comme service public ou l'égalité, première exigence de l'éducation

Lazaro Gonzalez, Cabinet du Ministre de l'Education (Espagne).

La tâche prioritaire du gouvernement socialiste a été de faire que l'Etat assume véritablement l'éducation comme un service public. Dans les 10 dernières années, le nombre des étudiants a augmenté de 2 millions.

La Constitution espagnole de 1978 fait mention d'un ensemble de droits dans le domaine éducatif: droit à l'éducation, liberté d'enseignement, participation des citoyens à la gestion de l'école. En 1983, le Parti Socialiste a fait voter une loi organique du droit à l'éducation (LODE) qui a été au centre de nombreuses controverses. La LODE est l'interprétation du gouvernement des droits constitutionnels relatifs à l'éducation.

En Espagne il existe deux réseaux d'enseignement: un réseau public (65% des élèves) et un réseau privé (35%), dont la plupart des établissements sont aussi financés

avec des fonds publics. Le gouvernement veut garantir le droit à l'éducation sans discrimination à l'intérieur du système public ou privé financé par l'argent public. Il veut aussi garantir une série de libertés qu'il considère importantes: le droit des parents de choisir l'école, mais aussi la liberté de conscience des élèves, la liberté de chaire du professeur et le pluralisme. Le gouvernement est d'accord avec le droit des parents de choisir l'école mais il ne peut accepter que les centres d'enseignement financés par l'Etat, qu'ils soient publics ou privés, aient le droit de choisir les élèves.

Le gouvernement ne veut pas non plus accepter des limitations quant au choix des professeurs provenant du projet éducatif de l'établissement. Selon la LODE, le centre public ou privé financé par l'argent public est dirigé par un conseil scolaire où siègent des parents, des enseignants et des élèves. Ce conseil élit le directeur et décide du budget.

Ces décisions n'ont pas obtenu le consensus de toutes les forces sociales et politiques, qui ont accusé le gouvernement de limiter la liberté d'enseignement. Comme nous l'avons dit la principale préoccupation du gouvernement a été l'élargissement du droit à l'éducation. Depuis 1982, 1 600 000 nouvelles places scolaires ont été créées, le système d'allocations d'études a été renforcé et une politique compensatoire (donner davantage aux populations les plus démunies) a été développée.

Si dans la quantité un grand effort a été fait, il reste beaucoup à faire dans le domaine de la qualité. Là, l'effort a été moindre, car le gouvernement était poussé avant tout par la nécessité de créer des places.

Pour améliorer la qualité, le gouvernement a fait connaître récemment un projet de réforme qu'il a soumis à débat public et dont les lignes de force sont les suivantes:

1. Instauration de l'enseignement obligatoire et gratuit jusqu'à 16 ans.
2. Amélioration de la qualité de l'école selon les termes de la Constitution.
3. Adaptation de l'enseignement au monde du travail et aux besoins de la production.